

Hilfsmittel-Reform verfehlt ihr Ziel: Viele Familien kämpfen weiter um Rollstühle und Orthesen für ihre Kinder

Ein Rollstuhl, eine Orthese oder eine Kommunikationshilfe entscheiden oft darüber, ob ein Kind mit Behinderung am Alltag teilhaben kann oder nicht. Genau deshalb sollte eine Gesetzesänderung die Hilfsmittelversorgung beschleunigen. Seit Februar 2025 sollen Krankenkassen bei Verordnungen aus Sozialpädiatrischen Zentren auf zusätzliche Prüfungen weitgehend verzichten. So wollte der Gesetzgeber Doppelprüfungen vermeiden, Verfahren beschleunigen und Familien entlasten. Doch 1,5 Jahre später zeigt eine Studie der Universität Witten/Herdecke (UW/H): Dieses Ziel wurde bislang kaum erreicht.

Eine Studie der Universität Witten/Herdecke zeigt, dass drei von vier Eltern nach der Gesetzesänderung keine Verbesserung erleben.

Drei von vier befragten Eltern sehen durch die Reform keine Verbesserung der Hilfsmittelversorgung. Nur wenige berichten von schnelleren Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig empfindet mehr als die Hälfte der Familien den Antragsprozess weiterhin als stark belastend. Rund drei Viertel organisieren Anträge selbst, verfolgen den Bearbeitungsstand nach oder legen Widerspruch ein. Ein Teil der übrigen Familien wird dabei von Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ) unterstützt, die den Austausch mit den Krankenkassen übernehmen oder Widersprüche formulieren. Einige verzichten sogar darauf, notwendige Hilfsmittel zu beantragen, weil sie den bürokratischen Aufwand nicht mehr bewältigen können.

Die Reform scheitert bislang an der Umsetzung

Für die Studie haben Prof. Dr. Peter Borusiak, Professor am Lehrstuhl für Pädiatrie an der UW/H, und Fleming Caje, Student der Humanmedizin der UW/H, Mitarbeitende aus Sozialpädiatrischen Zentren, Eltern sowie weitere Beteiligte des Versorgungssystems befragt. Das Ergebnis: Nicht die Reform selbst bremst die Versorgung aus, sondern ihre Umsetzung. Kommunikationsprobleme, bürokratische Hürden und unklare Zuständigkeiten verhindern häufig, dass die gesetzlich vorgesehene Beschleunigung bei den Familien ankommt.

„Die Versorgung darf nicht davon abhängen, wie hartnäckig Eltern für ihr Kind kämpfen können“, sagt Borusiak. „Hilfsmittel schaffen Teilhabe. Deshalb müssen sie dort ankommen, wo sie gebraucht werden – ohne monatelange Verfahren.“

Bessere Kommunikation statt neuer Regeln

Die Forschenden sehen die Ursachen nicht bei einem einzelnen Akteur. Vielmehr bremsen mehrere Probleme die Versorgung gleichzeitig. Verordnungen aus Sozialpädiatrischen Zentren sind für Krankenkassen oft nicht eindeutig erkennbar. Es herrscht vielfach Unsicherheit darüber, wie die neue gesetzliche Regelung in der Praxis anzuwenden ist.“

Hinzu kommen aufwendige Genehmigungsverfahren, fehlende Digitalisierung und personelle Engpässe in der Hilfsmittelversorgung. Auch die Zusammenarbeit zwischen Sozialpädiatrischen Zentren, Krankenkassen und weiteren Beteiligten verläuft vielerorts nicht reibungslos.

Die Forschenden empfehlen, Mitarbeitende der Krankenkassen flächendeckend über die neue

Rechtslage zu informieren, Verordnungen aus Sozialpädiatrischen Zentren eindeutig zu kennzeichnen und feste Ansprechpersonen für die Hilfsmittelversorgung von Kindern und Jugendlichen einzurichten. Außerdem sollte das Bundesgesundheitsministerium die gesetzliche Regelung weiter präzisieren, damit sie bundesweit einheitlich umgesetzt wird.

Weitere Informationen:

Die Studie „Hilfsmittelversorgung bei Kindern und Jugendlichen nach der Gesetzesänderung – eine Bestandsaufnahme“ von Fleming Caje und Prof. Dr. Peter Borusiak wurde im Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz veröffentlicht:

<https://link.springer.com/article/10.1007/s00103-026-04264-0>

An der Studie waren neben der Universität Witten/Herdecke auch die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) sowie der Bundesverband rehaKIND e. V. beteiligt.